



Grüne Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 23
Tel. 031 311 87 01
Fax 031 311 87 04
sekretariat@gruenebern.ch
www.gruenebern.ch
www.twitter.com/gruenebern

Finanzdirektion des Kantons Bern
Münsterplatz 12
3011 Bern

Per Mail an: beat.baumgartner@fin.be.ch

Bern, 17. Mai 2019

VERNEHMLASSUNG: VERORDNUNG ÜBER DEN FINANZ- UND LASTEN- AUSGLEICH (FILAG)

Sehr geehrte Frau Finanzdirektorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Verordnungsrevision Stellung zu nehmen. **Hingegen nehmen die Grünen mit grossem Erstaunen davon Kenntnis, dass der Regierungsrat – vor Ablauf der Konsultationsfrist – mit der Medienmitteilung «Regierungsrat will Mindestausstattung für Gemeinden nicht senken» vom 26. April 2019 bereits Vorentscheide gefällt hat und damit die vorgelegte Verordnungsänderung, die in alleiniger Kompetenz der Regierung liegt, damit obsolet machen will. Dies obwohl dazu ein verbindlicher Auftrag des Grossen Rates eine Senkung der Mindestausstattung fordert. Es ist äusserst problematisch, wenn ein laufender Vernehmlassungsprozess torpediert und gestoppt wird aufgrund zweier noch unbehandelter Motionen von einzelnen SVP-Grossratsmitgliedern. Dieses Verhalten schwächt das Vertrauen in demokratische Abläufe und ist auch rechtsstaatlich problematisch. Die Grünen appellieren an den Regierungsrat von derartigen Windfahnen-Manövern abzusehen.**

Zum Inhalt der Vernehmlassung:

Mit der Verordnungsänderung in Regierungskompetenz soll der seit 2012 geltende Wert des harmonisierten Steuerertragsindex (HEI) für den Vollzug der Mindestausstattung der Gemeinden per 1. Januar 2020 von 86 auf 84 gesenkt werden. Damit sind folgende Auswirkungen verbunden:

- Der Gesamtbetrag der Mindestausstattung sinkt von 33,2 Millionen Franken um rund 9,1 Millionen Franken auf 24,1 Millionen Franken.
- Die Anzahl der anspruchsberechtigten Gemeinden verringert sich von 163 auf 139 Gemeinden
- Bei keiner Gemeinde betragen die Mindereinnahmen mehr als 1 Steueranlagezehntel
- Die Vorlage hat für den Kanton in den Jahren 2020 ff. Minderausgaben von jährlich rund 9,1 Millionen Franken zur Folge.



Gemäss Regierungsrat soll der Schritt dazu beitragen, Gemeindefusionen zu fördern. Der Regierungsrat setzt damit eine Planungserklärung des Grossen Rates um (6. September 2018 im Rahmen der Beratung des Berichtes des Regierungsrates «Erfolgskontrolle FILAG»), die dem subventionierten Strukturserhalt gegenhalten will.

Die Grünen unterstützen den Vorschlag des Regierungsrates, im Rahmen seiner Kompetenz des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) eine Verordnungsänderung zu erlassen.

Weitere Massnahmen sind nötig

Die Mindereinnahmen bei den am stärksten betroffenen Gemeinden führen entweder zu Steuererhöhungen oder sie sollen (im besseren Fall) die Bereitschaft der Gemeinden für Fusionen beeinflussen und somit mittelfristig zu einer Optimierung der Gemeindestrukturen im Kanton Bern beitragen.

Antrag: Weitergehende Massnahmen für strategische Fusionen sind notwendig

Die Verordnungsrevision ist zwar begrüssenswert, ersetzt aber keinesfalls dringend notwendige weitere Massnahmen für strategische Fusionen. Die Grünen verweisen auf ihre Vernehmlassungsantwort vom Mai 2018 zum Bericht «ZUKUNFT GEMEINDELANDSCHAFT IM KANTON BERN». **Die Grünen Kanton Bern unterstützen die Stärkung der Gemeindeebene durch strategische Fusionen. Sie fordern eine Fusionsstrategie nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit (sozial, ökologisch, wirtschaftlich). Als flankierende Massnahmen braucht dieser Prozess den aktiven Einbezug der Bevölkerung, demokratische Mitsprache und Identifikation in den fusionierten Gemeinden.**

Es besteht eindeutig Handlungsbedarf. Historisch gewachsen ist der Kanton Bern (2018) schwerfällig in 352 Gemeinden strukturiert, davon haben 207 Gemeinden weniger als 1500 Einwohnerinnen und Einwohner. Die bisherigen Fusionsergebnisse (48 Gemeinden weniger innert 15 Jahren) sind ungenügend. Die heutige Gemeindestruktur muss grundlegend überdacht und angepasst werden. Der Kanton braucht starke, funktionsfähige Gemeinden, die ihren Bürgerinnen und Bürgern gute Dienstleistungen und gelebte Mitsprache ermöglichen. Gemeinden, die funktionale Räume abbilden, werden in ihrer Handlungsfähigkeit und Leistungsfähigkeit gestärkt. Dies gibt Chancen für die Raumplanung, sowohl für Stadt-, Agglomerations- wie auch Landgemeinden. Daher sollen auch Zentrumsgemeinden wie Bern, Biel und Thun in Fusionsbestrebungen mit ihren umliegenden Gemeinden aktiv vom Kanton unterstützt werden. Bereits 2014 hatten die Grünen die Reduktion der Gemeinden auf 100 als strategisches Ziel für den Kanton formuliert.



Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Natalie Imboden
Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern
Grossrätin

Jessica Fuchs
Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern